

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Lehrer-Zeitung 1931

3 (17.1.1931)

Badische Lehrerzeitung

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER ERZIEHUNG, DER SCHULE UND DES LEHRERSTANDES

Vereinsblatt des katholischen Lehrervereins Baden

Bezugspreis: Ohne Postgebühr 20 Gold-Pfennige pro Nummer.
Durch die Post bezogen im Vierteljahr 2,60 Mk.
Druck und Verlag: „Unitas“, G. m. b. H. Nöbern-Bühl.
Direktor: A. Esch, Bühl. — Postfachkonto Karlsruhe Nr. 896.
Fernsprecher: Bühl 43 und 343, Nöbern 38.

Verantwortliche Schriftleitung:
**Adolf Schön, Heidelberg, Ohm,
Am Hahnenberg 1.**

Für den Anzeigenfall: Franz Jachmann, Bühl.

Anzeigen: Grundpreis: die einseitige Millimeterzeile 15 Pfg.
im Reklamenteil 80 Pfennige.

Bei Klage oder Konkurs wird der bewilligte Rabatt binfällig.

Postfachkonten: Kath. Lehrerverband des Deutschen Reiches, Landesverein Baden. — Kath. Lehrerverein Baden, Karlsruhe, Postfachamt Karlsruhe Nr. 24892.
Fürsorgekasse des Kath. Lehrervereins Baden in Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 40190 Karlsruhe (Baden).

26. Jahrgang.

Bühl, Samstag, den 17. Januar 1931.

Nummer 3

Inhalt: „Ist unsere Lesemethode richtig?“ — Kath. Lehrerverband
d. D. R. — Kunststoffe. — Völkertisch. — Vereinsk. l. end r.

„Ist unsere Lesemethode richtig?“^{*)}

Eine Besprechung des gleichnamigen Buches von A. Kern-
Freiburg i. Br.

Von Hermann Schrempf, Lehrer, Kinzigtal-Halbmeil.

Mitte Dezember vor. Jb. erschien bei Herder ein Werk des
Kollegen Artur Kern-Freiburg, betitelt: „Ist unsere Lesemethode
richtig?“ Eine kritische, psychologisch-didaktische Untersuchung
nennt es der Verfasser. Aber das Buch bringt mehr. Kern
untersucht nicht nur die heutige, fast unumschränkt herrschende
Lesefähigkeitsmethode auf ihre psychologische Fundierung und auf ihre
Erfolge, er kommt auf Grund dieser Untersuchung nicht nur zur
absoluten Verneinung der Titelfrage, er reißt nicht bloß nieder:
Er stellt auf den leeren Platz etwas Neues und — so darf man
mit Bestimmtheit sagen — etwas Besseres, die neue Lesemethode.

Was Kern erstrebt ist in Wirklichkeit eine Methodenände-
rung von Grund auf — das Wort „Methode“ in engem Sinn
gebraucht — und nicht bloß eine Modifikation des Verfahrens.¹⁾
Der Verfasser greift die Kardinalfragen des Lesens auf:
Synthese-Analyse.

Es sei hier kurz das herrschende synthetische Verfahren ge-
zeichnet: Es beginnt das Lesen mit den Zeichen für die Einzel-
laute; es schreitet langsam und stufenmäßig weiter, erst zur
zweilautigen, dann zur dreilautigen Silbe; durch Zusammen-
setzung kommt die synthetische Methode zum Wort. Sie ver-
wendet zwar möglichst bald sinnhaltige Zusammenfassungen; doch
ist diese Forderung erst zweiter Ordnung. Das Hauptziel unse-
res gegenwärtigen elementaren Lesunterrichts ist „die Kennt-
nis der Lautzeichen, sowie die selbständige Verbindung der Laute
in sich“ (Lex. d. Päd. Bd. III, S. 402).

Die „neue Lesemethode“ Kerns schlägt den direkt entgegen-
gesetzten Weg ein. Sie beginnt mit dem Ganzwort und will nach
und nach die Schrift- und Spriechelemente herauslösen. Charak-
teristisch aber erscheint uns die andere Forderung, daß das
Lesen vom ersten Augenblick an am sinnbetonten Ganzwort

^{*)} Kern, Artur — Ist unsere Lesemethode richtig?
Eine kritische psychologisch-didaktische Darstellung. Von Artur
Kern unter Mitarbeit von Erwin Kern. gr. 8° (VIII u. 134 S.)
Freiburg i. Br. 1930, Herder. Geheftet 3,80 Mk.; in Lein-
wand 5,20 Mk.

¹⁾ Es ist noch viel weniger eine neue Methode in dem Sinne,
wie man heute vielfach von der neuen Schreibmethode spricht, wo
es sich nicht einmal um eine Aenderung des Verfahrens, sondern
um die Sinnahme neuer Buchstabenformen handelt.

gehen soll. Jedes Wort ist Träger eines von vornherein
gegebenen Sinnes. Diese Methode kommt also vielmehr als die
bisherige dem kindlichen Streben nach Sinnerfüllung alles Tuns
entgegen; sie ermöglicht auch weit mehr als diese einen kind-
gemäßen ersten Lesunterricht.

Sagen wir es kurz: Kern fordert anstelle der bis-
herigen synthetischen Lesemethode die ana-
lytische, und zwar die konsequent durchgeführte analytische
Lesemethode.²⁾

Die Lehrerschaft ist Neuerungen auf dem Gebiete des Unter-
richts allmählich wieder skeptischer geworden. Ja vielfach
reagiert man auf das bloße Bekanntwerden einer neuen Idee
hin von vornherein mit einer Abwehrstellung. Man will be-
greiflicherweise wieder einmal zur Ruhe kommen.³⁾ Nun soll
auch noch an der als unantastbar geltenden Lesemethode gerüttelt
werden? Insofern scheinen also die Vorbedingungen für das
Eingehen auf Kerns Ideen nicht günstig.

Und dennoch glauben wir bestimmt, daß sich die neue Les-
methode auch in unserer Zeit des kritischen Verhaltens durch-
setzen wird. Der Verfasser unternimmt den Angriff auf die
heutige synthetische Methode mit den nötigen Voraussetzungen:
einer zwingenden Logik, reicher schulpraktischer Erfahrung und
gründlicher Kenntnis der einschlägigen Gebiete der modernen
Psychologie. Diese drei Eigenschaften sind das beste Mittelzeug
des pädagogischen Reformers.

Aber sind Kerns Reformpläne so ganz neu? — Nein, „der
Streit um die richtige Lesemethode ist nicht von heute“ (Kern,
Einleitung). So ist auch der Ruf nach der analytischen Les-
methode im Sinne des Verfassers nicht erstmalig. Zwar läßt er
Jacotot und seine Nachfolger nicht wieder auferstehen; auch von
den da und dort gebräuchlichen „analytischen“ oder „analytisch-
synthetischen“ Methoden betont Kern strikten Abstand. Er be-
zeichnet sie mit Grund als eine „Verbrämung der synthetischen
Methode“ (Kern, S. 79).

Kern verdankt wohl die Anregung zu seiner Arbeit dem
Wissen um das Wirken des Taubstummenlehrers Mallisch, der
schon um die Jahrhundertwende die heute durch die wissenschaft-
lichen Erkenntnisse geforderte analytische Lesemethode intuitiv
erkannte und vertrat. Durch ihn fand die Methode des Lesen-
(und Sprechen-) lernens vom sinnhaltigen Ganzwort aus in
allen deutschen Taubstummenanstalten Eingang; sein Verfahren

²⁾ Kerns Verfahren ist rein analytisch, er sieht aber von der
Bezeichnung seines Verfahrens als „analytisch“ ab und bezeich-
net es als neue Lesemethode, um Verwechslungen mit anderen
analytischen oder analytisch-synthetischen Methoden vorzubeugen.

³⁾ Bei uns in Baden zumal steht nach langen Bemühungen
auf Ostern die Einführung der neuen Schreibweise bevor.

121

wurde aber auch vor dem Kriege in einer Reihe von Schulen des Reg.-Bez. Oppeln mit Erfolg erprobt.⁴⁾

In Brüssel hat Decroly fast gleichzeitig mit Kallisch (1905), aber unabhängig von ihm, mit Erfolg versucht, schwache Kinder im Lesen nach analytischer Methode zu unterrichten; und seither haben diese Bestrebungen dort an Ausdehnung zugenommen. — In Nordamerika ist im Anfangsleseunterricht die analytische Methode seit langem beherrschend. Kerschensteiner lernte sie und ihre guten Erfolge dort selbst kennen und sagt darüber in „Theorie der Bildung“ (S. 118), daß diese Methode zu dem eigentlichen Zweck des Lesens führe, der nicht in Lesefertigkeit, sondern in Sinnerfassung und Erlebnis eines Wortes aus dem Sinngefüge eines objektiven Gutes bestehe. — Aus Rußland liegt eine experimentelle Arbeit von Ewergetow vor (Beobachtung des Leseprozesses der Siebenjährigen, 1924), aus der zu entnehmen ist, daß auch er mit gutem Erfolg Kinder das Lesen nach der Ganzwortmethode lehrte.

In Deutschland endlich unterrichten seit 1927 eine Anzahl Kieler Lehrer unter Leitung von Prof. Wittmann (Dir. des Päd. Instituts d. Univ. Kiel) im Lesen analytisch; es gelang ihnen, „Kinder, deren Kräfte den Anforderungen der synthetischen Methode nicht gewachsen waren, zum Lesen und Schreiben und damit zu wirklich geistiger Entwicklung zu bringen“ (Wittmann, „Theorie und Praxis“ 1929 S. 199).

Wir sehen also tatsächlich, daß Kerns Bestrebungen nicht von heute sind, daß vielmehr im In- und Auslande die von ihm vertretene Ganzwortmethode schon in ihren Grundzügen vorgebildet war. Aber sie war mehr intuitiv erkannt, ihr fehlte die überzeugende wissenschaftliche Fundierung einerseits und ein vorbildlicher Ausbau andererseits.

Diese Lücke wird durch die Arbeiten Kerns geschlossen. Er hat als erster die Ergebnisse der über Jahrzehnte verteilten, in zahlreichen Werken und Zeitschriften zerstreuten experimentellen Arbeiten über das Leseproblem zusammengestellt und hat sie — im Verein mit den Erkenntnissen der modernen Gestaltpsychologie — geformt zu einem vernichtenden Urteil über die herrschende synthetische Lesemethode und zu einer u. E. einwandfreien wissenschaftlichen Beweisführung für die Naturgemäßheit der „neuen Lesemethode“. Das ist das Neue und der Fortschritt. Kern hat aber darüber hinaus die von ihm als richtig erkannte Methode an einer Anzahl von Kindern auf den praktischen Erfolg hin erprobt, sie ausgebaut und im letzten Abschnitt seines Werkes niedergelegt. Eine auf Kerns Theorie aufgebaute Bibel erscheint in einigen Wochen (ebenfalls bei Derder).⁵⁾

Eine erste Kritik nannte Kerns Werk „epochemachend“ und „revolutionierend“. Die Verwirklichung der Kernschen Methode verlangt wirklich vom Leselehrer ein vollständiges Abgeben von alten Wegen, ein Brechen mit der Tradition. Mancher mag vielleicht die neue Methode ablehnen, andere mögen davor zurückschrecken. Aber auch diesen wird das Studium dieses einziartigen, von Fleiß und gründlicher, umfassender Behandlung des Leseproblems zeugenden Arbeit großen Gewinn bringen. Weder der pädagogische Praktiker noch der pädagogische Psychologe kann das Kernsche Buch unbeachtet lassen.

Wir werden, nachdem wir das Wesentliche der „neuen Methode“ angedeutet und einen kurzen geschichtlichen Rückblick über Unterrichtsversuche in dieser Richtung gegeben haben, in einer nächsten Nummer einen kurz gefaßten Bericht über das Werk selbst veröffentlichen.

⁴⁾ Krüger, Kränklichkeit Kallischs und sein Tod (1925) mögen der weiteren Verwirklichung seiner Ideen und vor allem dem Ausbau seiner Methode hinderlich gewesen sein. Kern widmet dem „genialen Meister“ im Vorwort seines Werkes ein dankbar Gedanke.

⁵⁾ Im Bereich des Stadtschulamts Freiburg ist ihre Einführung auf Ostern d. J. jetzt schon beschlossen.

Kath. Lehrerverband d. D. R.

Vorstandssitzung in Berlin am 30. Dezember 1930.

Die zehntägige Verhandlung wurde durch den Verbandsvorsitzenden Weber mit einem herzlichen Grußwort eröffnet. Besonders begrüßte er den zur Regierung nach Koblenz versetzten früheren Dortmunder Stadtschulrat Dr. Ebert, Dr. Brunnengräber und Dr. Hansen vom Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster und den Vertreter des im vorigen Jahre gebildeten Zweigverbandes Birkenfeld.

Dann gab er einen Überblick über die zu Pfingsten 1931 für Osnabrück geplante Tagung des Verbandes. Er legte Inhalt und Sinn der Veranstaltung dar, kennzeichnete die Änderung gegenüber früheren Tagungen und wies darauf hin, daß die Mitgliederversammlung unter starker Beteiligung auch des katholischen Volkes stattfinden müsse. Im weiteren betonte er, wie Dr. Heinen den einen Tag aufreißt will. Diese Arbeit müsse in die Vereine hineingetragen werden. Der zweite Tag solle dann für die Vertretertagung bereitgehalten werden.

Röhre, Wiesbaden, erklärt sich grundsätzlich einverstanden, fragt aber, ob die Veranstaltung in dem Umfange für den Verband auch tragbar sei. Jeder müsse genau wissen, wie es mit den Finanzen im Verbandsverhältnisse stehe.

Von den verschiedensten Seiten spricht man sich für die größte Sparfahigkeit aus, auch Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, namentlich der Vorsitzende und der Kassensführer, der genau angibt, wie es mit der geldlichen Lage für jeden Zweigverband aussteht. Mit dem 31. März 1931 werde der Verband allen seinen Verpflichtungen nachgekommen sein. Es wäre schon alles viel früher in Ordnung gewesen, wenn nicht die Verbandstagung in Saarbrücken weit höhere Kosten verursacht hätte, als veranschlagt worden seien.

Insbefondere wurden dann auch die Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Beamtenbund in die Aussprache hineingezogen, auch die Frage des Seheims angeschnitten. Es werden die verschiedensten Ersparnismaßnahmen in Vorschlag gebracht: Die Vorstandssitzung soll ausfallen; die Verbandstagung soll um einen Tag gekürzt werden; Tagegelder sind niedriger zu halten.

Der Kassensführer Kortländer spricht über die Verbandsbeiträge und ihre Verwendung im einzelnen. Der Vorsitzende Weber betont, daß sich der G.A. ganz eingehend mit allen diesbezüglichen Fragen beschäftigt habe und daß es seine ernsteste Absicht sei, so viel nur eben möglich zu sparen. Als Ergebnis schält sich dieses heraus:

Es soll eine Haupt- und Vertreterversammlung stattfinden. Die Vorstandssitzung am Abend vorher fällt fort.

Inzwischen ist auch Oberregierungs- und Schulrat Künze erschienen, den der Vorsitzende freudig begrüßt und dabei der Öffnung Ausdruck gibt, daß er immer die gleichen Beziehungen zum Verbandsverband unterhalten werde. Oberregierungsrat Künze dankt dem Vorsitzenden und bemerkt, daß er stets an den Verbandstagungen teilgenommen habe, wenn es ihm nur eben möglich gewesen sei. Ausführliches dazu habe er in Frankfurt 1925 auf der Verbandstagung dargelegt. Auch im Namen des Herrn Ministerialdirektors Kaestner habe er dem Verbandsverbanden herzlichsten Gruß zu übermitteln und der Tagung besten Verlauf zu wünschen.

Man behandelt sodann den zweiten Punkt der Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zur Frage der Schulpflichtverlängerung seiner zur Verlegung des Termins des Schuljahres und des Schuljahres.

Dazu sprach Dr. Brunnengräber aus Münster. Er gab eine Übersicht über die verschiedenen Gründe, mit denen

man seitens der Pädagogen, der Wirtschaft und Industrie, der Eltern und Regierungen für oder gegen ein neuntes Schuljahr Stellung genommen hat. Dabei ergab sich, wie verwickelt das Problem nach der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen, pädagogischen und schulorganisatorischen Seite gelagert ist. An der Klärung dieser Frage arbeitet nach dem Bericht von Dr. Brunnengräber eine Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik. Sie befaßt sich mit folgenden Themen:

1. Das Bildungsziel der Volksschule der Gegenwart und das neunte Schuljahr.
2. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit und das neunte Schuljahr.
3. Die wirtschaftlichen, sozialen und schulpolitischen Auswirkungen einer eventuellen Einführung eines neunten Schuljahres.

Die Volksschule, der als der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsschule ein neuntes Schuljahr allein gehören muß, sieht sich in ihrem ganzen Unterrichts- und Erziehungsprogramm vor eine ernste Aufgabe gestellt. Sie muß sich auf ihr Bildungsziel neu besinnen und namentlich in der Oberstufe mit einem eventuellen weiteren Schuljahre nach lebensnahen Formen und Inhalten der Unterrichts- und Erziehungspraxis suchen. Zu klären ist die Frage, inwieweit ein neuntes Schuljahr als dauernder Faktor in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frage kommen kann. Ebenso wichtig ist es, die möglichen Auswirkungen in Hinsicht des Arbeitsmarktes und der Finanzen auf Grund genauer statistischen Materials bestimmt genug zu überdauern.

Auch die Frage der Heraufsetzung des Einschulungsalters auf 7 Jahre und im Zusammenhang damit die Frage des Kindergartens kamen zur Erörterung. Dr. Hansen aus Münster beleuchtete hierbei insbesondere das Verhältnis von Montessori-Kindergärten und Montessori-Grundschule. Es ergab sich, daß keine zwingenden Gründe bestehen, ein späteres Einschulungsalter zu fordern.

Der Vorsitzende Weber weist darauf hin, daß bei der ausführlichen Aussprache über das neunte Schuljahr in Düsseldorf diese Frage eine große Rolle gespielt habe. Ein Arzt habe dort mit Nachdruck betont und zu beweisen versucht, daß gerade das sechste Schuljahr für den Schuleintritt am geeignetsten sei. Er verliest sodann folgende Entschliebung:

Im Interesse der Jugendbildung und Jugendberziehung spricht sich der Vorstand des N. L. V. d. D. N. erneut für eine Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht um ein Jahr aus.

Wie der N. L. V., Abt. Preußen, so fordert auch er aus unterrichtlichen und erzieherischen Gründen die Verwirklichung dieser Maßnahme im Rahmen der Volksschule. Diese Forderung wird von uns mit um so größerem Recht erhoben, als die Volksschule als Träger des neunten Schuljahres die Gewähr dafür bietet, daß in ihr auch die in achttägiger Volksschularbeit geschaffene religiös-sittliche Grundlage vertieft und gefestigt wird. Sie findet ihre Berechtigung auch in der Tatsache, daß die Volksschule vor allen anderen Schularten in der Lage ist, bei geringem Kostenaufwand ein weiteres Schuljahr zu übernehmen.

Der Vorstand des N. L. V. d. D. N. sieht in dem sogenannten neunten Schuljahr eine dem praktischen Leben nahe Fortsetzung der Volksschularbeit, in der die in der Volksschule angewandte Methode besonders lebensnah gestaltet wird. Wie das erste Grundschuljahr allmählich aus der verhältnismäßig ungebundenen Freiheit des Elternhauses in die straffer geordnete, geordnete Volksschularbeit hineinführt, so soll das neunte Schuljahr nach besonderem Lehrplan und bei besonderer Lehrweise in das sturende, praktische Leben überleiten.

Als ein wichtiges Aufgabengebiet dieses Schuljahres bezeichnet der Vorstand neben anderen die allgemein-berufs-

praktische Erziehung der Jugend; die auf einen bestimmten Beruf hinzielende Ausbildung wird als unpädagogisch und darum unzumutbar abgelehnt. Aus praktischen Gründen und Gründen der Zweckmäßigkeit wird dieser allgemein-berufspraktische Unterricht möglichst von Berufsschullehrern erteilt.

Der Vorstand des N. L. V. stellt sich in der Frage der Verlängerung der Schulpflicht hinter die vom G. A. getroffenen Maßnahmen. Er beauftragt ihn, dieser Frage auch weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und durch zeitgemäße, sachliche Veröffentlichungen in der Fachpresse und in Einzelschriften die Verbandsmitglieder zu orientieren und Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen. Die Zweigverbände werden gebeten, die Arbeiten des G. A. durch Zuleitung geeigneten Material's zu unterstützen.

Brockmann legt dar, daß es sich bei der Verlängerung um ein Schuljahr um eine rein pädagogische Angelegenheit handle, die an sich mit den Fragen der Gegenwart nichts zu tun habe. Es gelte, aus den Gegebenheiten der Gegenwart heraus dem pädagogischen Ziele möglichst nahe zu kommen. Dabei spiele die Zuständigkeitsfrage für diese Arbeit eine besondere Rolle. Was das Reichsarbeitsministerium vorhabe, spiegele sich wieder im Erlass des Handelsministers. Hier gebe es lediglich darum, wie Preußen die Jugendlichen in den Erziehungs- und Bildungsprozeß hineinbringe. Das müsse geschehen aus der Wesenheit der Volksschule heraus. Weil wir Jugendberziehung und -bildung als Erziehungsaufgabe ansehen, muß sich jede Schulpflichtverlängerung an die Volksschule anschließen. Der Erlass des Handelsministers aber richtet sich lediglich darauf, die jungen Leute von der Straße zu bringen.

Zur Zeit nimmt man von den verschiedensten Seiten aus Stellung, behauptet es auch, daß nicht vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus rechtzeitig wegweisend Stellung genommen worden sei.

Röhre erwähnt, daß eine allgemeine Regelung gar nicht stattfinden könne solange es noch Länder gebe, die keine achtjährige Schulpflicht hätten. Jedenfalls müsse man dem Handelsminister für seine Maßnahmen dankbar sein; dabei aber sei es zu bedauern, daß die Lehrerschaft durch alle möglichen Dinge überhaupt nicht zur Ruhe kommen könne. Unter allen Umständen sei es notwendig, daß für das neunte Schuljahr ein Übungsinhalt geschaffen werde.

Oberregierungs- und Schulrat Runge gibt seiner Freude über die Referate von Dr. Brunnengräber und Dr. Hansen Ausdruck. Dann führt er unter anderem aus:

... Es ist hier die Auffassung geäußert worden, das Unterrichtsministerium habe sich in der Frage des neunten Schuljahres passiv verhalten, habe also gewissermaßen versagt. Meine Herren, das genaue Gegenteil ist die Wahrheit. Wie war denn in Wirklichkeit der Sachverhalt? Erstmalig erfuhr die Öffentlichkeit von der beabsichtigten Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr Näheres durch den bekannten Staatsministerialbeschluss. Dieser sah die Einführung des neunten Schuljahres als eine vorübergehende Maßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes vor und überließ die Frage der Angliederung an Volks- oder Berufsschule weiterer Prüfung. Er ging von der Voraussetzung aus, daß durch die Fernhaltung der Vierzehnjährigen vom Arbeitsmarkt einer nicht unerheblichen Zahl von Arbeitslosen Arbeit und Brot gegeben werden könne.

Da aber nach Auffassung des Kultusministeriums die Durchführung dieses an sich begrüßenswerten Planes aus Bildungs- und Erziehungsgründen nur dann auf Erfolg rechnen konnte, wenn das neunte Schuljahr an die Volksschule verlegt würde, so setzte zur Erreichung dieses Zieles sofort eine lebhafteste Arbeit im Kultusministerium ein. Unter weitgehendster Inanspruch-

nahme aller in Betracht kommenden Kräfte des Ministeriums und strengster Arbeit der beteiligten Referenten wurde ein umfangreiches Material, insbesondere auch statistischer Art, gesammelt, gesichtet und geklärt. In zahlreichen Beratungen wurden die Ergebnisse dieser Arbeit in einer umfangreichen Denkschrift zusammengestellt. Diese Denkschrift wurde alsdann dem Staatsministerium unterbreitet und dürfte neben anderen Gründen die Hauptursache dafür sein, daß von einer endgültigen Angliederung des neunten Schuljahres an die Berufsschule nun keine Rede mehr sein kann.

Die Aktivität des Kultusministeriums war aber hiermit nicht erschöpft. Die eingehende Beschäftigung mit der Frage des neunten Schuljahres hatte gezeigt, daß es sich hierbei um eine Fülle von bedeutungsvollen Problemen handelt, deren jedes einer besonderen Bearbeitung bedarf. Es ist daher im Auftrage des Herrn Ministers von dem Leiter der II. Unterrichtsabteilung unseres Ministeriums, Herrn Ministerialdirektor Kaestner, der Abteilung die weitere Aufgabe gestellt worden, den Problemen nachzugehen, um sie einer Klärung und Lösung entgegenzuführen. Nur auf solchem Wege kann die Frage des neunten Schuljahres, die nicht mehr aus der Diskussion verschwinden darf, zu gegebener Zeit zu einem guten Ende geführt werden.

Wenn ferner Herr Röhr, Wiesbaden, soeben betont hat, es sei die Aufgabe der Lehrerschaft, zunächst einmal dem neunten Schuljahr durch Erarbeitung eines Lehrplans einen Bildungsinhalt zu geben, so unterstreiche ich diese Forderung durchaus. Ich darf im Anschluß daran darauf hinweisen, daß auch in dieser Beziehung das Kultusministerium durch Aufstellung eines entsprechenden Lehrplanes bereits seine Schuldigkeit getan hat.

Sie sehen also, meine Herren, daß der vorhin erwähnte Vorwurf, als habe das Unterrichtsministerium verfaßt, völlig unzutreffend ist.

Wenn Herr Ministerialdirektor Kaestner in Düsseldorf in Bezug auf das neunte Schuljahr auch den Ausdruck getan hat: „Immer daran denken, nicht darüber reden“, so kann daraus ganz unmöglich ein Schluß auf eine Passivität des Kultusministeriums gezogen werden. Der geschichtliche Ausdruck kann doch nur in Zusammenhang mit den gesamten Ausführungen Kaestners verstanden werden. Es sollte damit lediglich gesagt sein: Zur Durchführung unserer Bestrebungen ist es nicht notwendig, ja nicht einmal erwünscht, daß viel geredet und die große Glocke gerührt wird, wohl aber, daß wir ständig an unser Ziel und die Wege dahin denken, d. h. für unsere Aufgabe in der Stille arbeiten, um bei geeigneter Gelegenheit wohlausgerüstet zu erscheinen und unsere Arbeit zum Erfolge zu führen. Anders konnte das Wort nicht verstanden werden und ist nicht anders verstanden.

Auf eins muß ich noch aufmerksam machen. Solange irgend eine Frage noch innerhalb der Regierung zwischen den einzelnen Ressorts beraten wird, kann von den einzelnen Ministerien der Öffentlichkeit keine Mitteilung über Inhalt und Stand der Beratungen gemacht werden. An diese notwendige Gepflogenheit hat sich das Kultusministerium in vorliegender Angelegenheit gehalten. Aus seinem Schweigen kann aber unmöglich auf eine etwaige Passivität geschlossen werden. Ich hoffe, Sie werden aus meinen Darlegungen vielmehr ersehen, daß die Unterrichtsverwaltung höchste Aktivität in erfolgreicher Weise auch in der Frage des neunten Schuljahres entwickelt hat.

Abrechtskirchinger geht auf die bayerischen Verhältnisse ein. Dort bestehe nur eine siebenjährige Schulpflicht. Aber auch hier sei man für Angliederung eines weiteren Schuljahres an die Volksschule. Die Frage dürfe nicht allein vom Standpunkt des Arbeitsmarktes aus betrachtet werden. Wir meinen, ein dringendes Bedürfnis ist nicht gegeben. Die Klagen

über Minderleistungen können auch nicht durch Einführung eines neunten Schuljahres verschwinden.

Strauß lehnt eine Herauffhebung der Schulpflicht vom sechsten auf das siebente Lebensjahr ab. Man solle keine neuen Schwierigkeiten schaffen. Wo könne z. B. auf den Dörfern ein Kindergarten eingerichtet werden? An erster Stelle müßten immer die pädagogischen Fragen stehen. Man solle auch überlegen, wie es werde, wenn man die Pflichtstundenzahl herabsetze, für die Unterstufe von 18 etwa auf 16 oder 13 Stunden. Dann ständen die Mittel für eine Verlängerung der Schulpflicht ohne weiteres zur Verfügung. Die ganze Frage hänge auch zum großen Teile von der Ansicht der Ärzte und der Eltern ab.

Es wird auch noch betont, daß gerade mit Rücksicht auf die konfessionelle Erziehung Anschluß an die Volksschule erzielt werden müsse und daß organische Eingliederung notwendig sei. Die Junglehrerfrage habe mit der ganzen Angelegenheit organisch nichts zu tun. Auf jeden Fall aber müsse auch ohne Verlängerung der Schulpflicht versucht werden, alle Jugendlichen vom 14. Jahre an zu erfassen. Das geschehe am besten in der Jugendpflege.

Es wird ein besonderer Ausschuß gebildet, der die zu Tage getretenen Ansichten in einer besonderen Entschliebung zusammenfassen soll. Diese wird in der Nachmittagsitzung in folgender Fassung angenommen:

Entschliebung:

Die von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder ausgehenden Bestrebungen einer schultischen Erfassung der arbeitslosen Jugend stellen in der Auffassung des A. L. B. d. D. M. eine Möglichkeit dar, um einer Verlängerung der Schulpflicht näherzukommen. Der Verband steht in dieser Frage in erster Linie ein pädagogisches Problem und hält eine fruchtbare Lösung nur im Rahmen der Volksschule als der allgemeinen Bildungs- und Erziehungsschule für möglich. Der Verband kann daher seine Zustimmung niemals zu Bestrebungen geben, die die religiös-sittlichen Voraussetzungen in der Bildungsarbeit dieses weiteren Schuljahres unterbinden oder unmöglich machen.

Der A. L. B. d. D. M. erstrebt mit allen Mitteln in diesem Sinne eine organische, lebensnahe Fortsetzung der Volksschularbeit und legt aus pädagogischen und berufspraktischen Gesichtspunkten das Schwergewicht nicht so sehr auf eine frühzeitige, bestimmte Berufsausbildung als vielmehr auf eine gediegene Berufsvorbildung und Berufsbefähigung, die der erzieherischen Grundlagen nicht entbehren können.

Für diese Forderung erblickt der Verband eine Berechtigung auch darin, daß die Volksschule vor allen anderen Schularten bei geringstem Kostenaufwand ein weiteres Schuljahr zu übernehmen vermag.

Annahme findet auch ein von Röhr, Wiesbaden gestellter Antrag:

Zur Frage der Schulpflichtverlängerung spricht sich der Vorstand des A. L. B. d. D. M. grundsätzlich für die Erstenschulung mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre aus. Alle andersgerichteten Bestrebungen lehnt er ab.

Kellermann, Vorsitzender der Preussischen Abteilung, spricht hierauf über die berufspraktische Ausbildung der Lehrer. Die grundsätzliche Stellung des Ministeriums sei bekannt gewesen. Der Gedanke, den vier Semestern der Pädagogischen Akademie ein fünftes und sechstes anzufügen, sei aus finanziellen Gründen undurchführbar. Er entwickelt im weiteren die Gedanken, die in einer Eingabe der Preussischen Abteilung an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung enthalten sind. Diese Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gestattet sich der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, „zur berufspraktischen Ausbildung der Schulamtsbewerber im Vorbereitungsdienst“; folgendes zu unterbreiten:

Der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, erblickt in der weltanschaulich differenzierten Gestaltung der Berufsvorbildung und der Berufsbildung aller Lehrer die beste und sicherste Gewähr für die Lösung der pädagogischen Aufgabe aller Schulen, insbesondere aber der der Volksschule. Wir beladen durchaus die Durchführung der berufspraktischen Ausbildung der Schulamtsbewerber als „Aufgabe des Staates“, können sie aber niemals als alleinige Angelegenheit des Staates ansehen und müssen daher gegen ihre „Verstaatlichung“ Bedenken erheben. Daher erblickt der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, in der Durchführung der vorliegenden ministeriellen Richtlinien eine ernste Gefährdung des weltanschaulich, konfessionellen Prinzips in einem überaus wichtigen Teile der Lehrerbildung, nämlich nach der berufspraktischen Seite hin. Eine nicht konfessionell gestaltete berufspraktische Ausbildung der Schulamtsbewerber würde sich nicht nur in Gegensatz setzen zu der von den Erziehungsberechtigten mit Nachdruck erhobenen Forderung nach einer konfessionellen Lehrerbildung, sondern auch einen inneren Widerspruch erzeugen zwischen Berufsvorbildung und Berufsbildung.

Trotzdem sieht der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, die Möglichkeit zur Verwirklichung dieser seiner grundsätzlichen Forderung zur konfessionellen Gestaltung der berufspraktischen Ausbildung der Schulamtsbewerber auch innerhalb der ministeriellen Richtlinien, aber er muß mit Nachdruck darauf bestehen, daß die Berücksichtigung seiner Forderungen auch in den ministeriellen Richtlinien klarer und eindeutiger als in der bisherigen Fassung zum Ausdruck kommt. Unsere Forderung würde sich ohne besondere Schwierigkeiten erfüllen lassen, wenn bei der Unterbringung der Schulamtsbewerber nicht die Bedürfnisfrage nach der Wiederbesetzung der freien Stelle, sondern vielmehr die Frage der schulpraktischen Ausbildung ausschlaggebend sein würde. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, daß die katholischen Schulamtsbewerber nur in Kreise mit katholischen Schulräten eingewiesen werden. Eine Erfüllung dieser Forderung kann der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, umso eher erwarten, als das Ministerium nach § 2 der Richtlinien die Ansicht vertritt, daß die berufspraktische Ausbildung nach einem ihr angepaßten Plane erfolgen soll.

Nicht unbedenklich erscheint es, die berufswissenschaftliche Vorbildung von der Einführung in die Berufspraxis abzutrennen, weil dadurch die Gefahr entsteht, daß die notwendige Verbundenheit von Theorie und Praxis, von Wissen und Erleben zerstört wird.

Der wiederholte Hinweis auf die Notwendigkeit einer verständnisvollen Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft und ihre Veranziehung zur verantwortungsvollen Mitarbeit wird anerkannt; jedoch erscheint in dieser Hinsicht eine schärfere Fassung der §§ 7 und 8 notwendig.

Die Notlage der auf dem Seminar vorgebildeten Schulamtsbewerber, deren Unterbringung besonders auf katholischer Seite, wenn nicht zu ihrer Vinderung in Kürze neue durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, sich noch auf Jahre verzögern wird, muß im Augenblick der Einführung dieser Neuordnung alle für das Wohl der Schule sich verantwortlich fühlenden Kreise mit besonderer Sorge erfüllen. Wenn diese Schulamtsbewerber auch nicht unmittelbar in den neuen Plan einbezogen werden können, da nur ihre Teilnahme an den Tagungen gefordert wird, so muß in diesem Zusammenhange mit allem Nachdruck die

Sicherstellung ihrer bestmöglichen Berufsverbindung und schulpraktischen Ausbildung betont werden.

Nur unter der Voraussetzung einer restlosen Erfüllung dieser Forderung kann der Katholische Lehrerverband, Abteilung Preußen, den ministeriellen Richtlinien im allgemeinen zustimmen, muß sich aber in Anbetracht dieser außerordentlich bedeutungsvollen Neuordnung seine Stellungnahme zu einzelnen Fragen wie zu dem Gesamtplan vorbehalten. Das erscheint umso notwendiger, weil die allzu kurz bemessene Frist eine Stellungnahme mit unseren Verbandsmitgliedern und somit eine eingehende Stellungnahme zu den ministeriellen Richtlinien kaum ermöglichet.

Brodmann glaubt, daß die Angelegenheit in der Hauptsache Preußen interessiere. Jedes rückschrittliche Vorgehen müsse abgelehnt werden. Nachdem die Vorkeschäftigung zum 1. April 1931 fallen werde, müsse eine einheitliche Regelung sowohl für die akademisch wie für die seminarisch vorgebildeten Lehrer herbeigeführt werden. Das Ministerium müsse auch die Bildungsbestrebungen der Verbände beachten und werten. Bei der ganzen Angelegenheit wies die Frage der weltanschaulichen Struktur der Lehrerbildung eine Hauptrolle.

Vorbach kennzeichnet die badische Regelung. In den größeren Städten seien einführende Lehrer, die sich der Anwärter zwölf Stunden in der Woche annähmen. Die große Kluft zwischen der theoretischen Ausbildung und der praktischen Betätigung müsse unter allen Umständen ausgefüllt werden. In Baden sei man daran, zwei Lehrerbildungsanstalten abzubauen. Ein Fehler sei es, die einführenden Kurse in die Hände einzelner Lehrer zu legen.

Strauß kommt auf die Ablehnung der drei weiteren Akademien zu sprechen. Welche Folgen sich daraus ergeben werden, könne man nicht wissen.

Zu Entschliebungen kommt es in der behandelten Frage nicht. Es sollte lediglich ein Bild über die Bestrebungen in Preußen und in einzelnen Ländern gegeben werden.

Dann trat um 14.25 Uhr eine einstündige Mittagspause ein. Ueber die Nachmittagsverhandlungen soll in der nächsten Ausgabe berichtet werden.

Franz Schumacher.

Kunstecke.

Unser Freund Ludwig Eberhard Wittmer in Freiburg hat eine *Missa de profundis* geschaffen, die vor kurzem von dem Kirchenchor St. Bonifatius-Karlsruhe zur Erstaufführung gebracht wurde. Die Sachkritik schreibt über Wittmers Werk im Bad. Beobachter:

Eine kirchenmusikalische Feier aus Anlaß des 1700. Todestages der hl. Cäcilia veranstaltete der Kath. Kirchenchor (Cäcilienverein) St. Bonifatius unter der Leitung seines rührigen Chordirektors Gustav Schneider am letzten Sonntag nachmittag in der Bonifatiuskirche. Das rege Interesse galt diesmal nicht allein den bekannten Leistungen des Chores, sondern vor allem der Uraufführung der „Missa de profundis“ des noch jugendlichen Komponisten Eberhard Ludwig Wittmer aus Freiburg i. Br. Es ist immer zu begrüßen, wenn ein tatkräftiger Chorleiter einem neuaufstrebenden Talent Gelegenheit gibt, seine Werke der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen; denn nichts lähmt so sehr die Schaffenskraft, als das Ringen um den ersten Schritt aus dem Unbekannten. Dann beginnt ein freudiger Kampf um das Bestandenwerden eigenen Ausdrucks, wie er auch unseren größten Musikern nie erspart blieb.

Die „Missa de profundis“ ist ein typisch neuzeitliches Werk, sowohl in der Form, als auch im Ausdruck. Die Orgel dient als Untermauerung und klangerstärkendes Moment in den dynamischen Höhepunkten, wozu sich noch 2 Trompeten gesellen. Wittmer malt gerne in farbigen Kontrasten, läßt durch das volle Werk der Orgel den Chor zu äußerster Kraftentfaltung sich steigern, um überraschend im a capella-Chor und Pianissimo seine musikalischen Gedanken auszuspinnen. Beim Kyrie sekkelt das Eingangsmotiv, das die Stimmung der im Erbarmen stehenden Menschheit treffend illustriert. Eigenartig der Auffrei auf

Christe eleison und das verdämmernde Bleiben im letzten Kyrie. Ein gut klingender Männerchor hat sich vorteilhaft aus dem Gloria hervor. Reichliche Kontrapunktische Färbung weist das Credo auf. Es befremdet allerdings, daß dieser an dramatischem Gehehen wirkungsvollste Teil der Messe der Instrumentalbegleitung entbehrt und neben interessanten Chorsätzen öfters rezitativisch geführt wird. Das Sanctus und Benedictus bieten dem Chor willkommene Gelegenheit, lyrische Momente stimmungsvoll wiederzugeben. Gesteigerten Aufbau zeigt das Agnus Dei; schade, daß der Ausklang im dona nobis pacem nach der vorausgegangenen herben Harmonik eine fast zu gewagte Orgelübermalung aufweist. Immerhin, wir standen im Banne dieser starken Musikantenatur und zollten der bedeutenden Leistung des Chores und seines Leiters hohe Anerkennung. Ob das Werk seinen Weg in die Kirchenhöre finden wird, hängt von der musikalischen Leistungsfähigkeit des Chorführers ab. Die gottesdienstliche Eignung wird die Zukunft erweisen; denn ich bezweifle, ob die ganz den problematischen Zeitgeist atmende Komposition — trotz ihrer Vorsüge — das Verständnis des überwiegenden Teils der Kirchenbesucher finden wird.

In „Vision“ für Orgel bekundete Wittmer eine intensive Kenntnis des klanglich reizvollen der Registrierung, was auch in einer freien Improvisation zu Tage trat. Beide Orgelstücke offenbarten eine tiefe Empfindung; doch verlangt eine Improvisation eine umfassendere Verarbeitung des Themas. Das Orgelpräludium (Buge aus der Sonate VI von F. Mendelssohn-Bartholdy) zeigte Herrn Wittmer als technisch gewandten Organisten.

Ein früherer badischer Lehrer mit dem Musikpreis der Stadt München ausgezeichnet.

Im Karlsruher Tageblatt vom 21. 12. 30 schreibt Dr. W. Kettner:

Nachdem Heinrich Kaminski für das Jahr 1929 mit dem Musikpreise der Stadt München ausgezeichnet wurde, ist neuer wiederum die einstimmige Wahl auf einen in München wirkenden Komponisten badischen Geblüts, Gustav Geierhaas, gefallen. Es liegt an der zugestandenen, allem Modischen abholden Art des Preisträgers, wenn sein Name in seiner Heimat noch nicht so bekannt und anerkannt sein mag, wie es dieser schaffensstrenge und überaus selbstkritische Tonsetzer verdiente. Gustav Geierhaas wurde am 26. März 1888 als Sohn eines Lehrers in Neckarhausen bei Mannheim geboren und studierte nach Absolvierung des Gymnasiums zuerst klassische Philologie und Germanistik in Heidelberg, wo er als Schüler Wolfrums auch ersten Unterricht im Kontrapunkt erhielt. Um sich das Studium der Musik zu ermöglichen, verließ er die Universität und wurde Lehrer, 1913 kam Geierhaas nach München, um an der dortigen Akademie der Tonkunst unter Friedrich Hofmeier, seinem Landsmann, Komposition zu studieren, während Ludwig Raier sein Orgelmeister ward. Die Unterbrechung durch den Kriegsdienst trug Schuld daran, daß Geierhaas erst 1919 zum Abschluß seiner musikalischen Ausbildung gelangen konnte. Aber schon 1920 ward er als Theorielehrer an die Münchener Akademie berufen und 1928 mit dem Titel eines Professors ausgezeichnet. Die Zahl seiner Schöpfungen ist nicht groß, da Geierhaas nichts Unfertiges, Problematisches seiner musikalischen Werkstatt entläßt. Sein Schaffen steht unter dem Geis der strengen, leidenschaftlich erarbeiteten Form. Als Dokumente reifer und eigenwilliger Gestaltung besitzen wir ein Streichtrio, zwei Streichquartette, ein Streichsextett, eine Klavier- und eine Violinsonate, eine Passacaglia für Orgel, Introduction, Rhapsodie und Buge über „Witten wir im Leben sind von dem Tod umfassen“ und endlich das unter Hans Knappertsbusch 1928 in den Akademiekonzerten uraufgeführte Orchesterwerk „Variationen über ein eigenes Thema“.

Büchertisch.

Lexikon der Pädagogik der Gegenwart. In Verbindung mit zahlreichen Fachgelehrten und unter besonderer Mitwirkung von Universitätsprofessor Dr. L. Bopp, Institutsdozent Dr. D. Brunnengraber, Konfessore Hochschulpfarrer Dr. F. E. Eggersdorfer, Universitätsprofessor Dr. M. Etlinger, Geheimrat Rat Universitätsprofessor Dr. J. Götter, Hochschulpfarrer Dr. G. Grunwald, Institutsdozent Dr. A. Haase, Institutsdozent Dr. W. Hansen, Prälat Universitätsprofessor Dr. J. Mausbach, Oberschulrätin A. Pfennings, Universitätsprofessor Direktor Dr. G. Raederscheidt, Universitätsprofessor Dr. D. Schmidlung, Hochschulpfarrer Dr. J. Schröteler, Universitätsprofessor Dr. J. V. Steffes herausgegeben vom Deutschen Institut für wissen-

schafftliche Pädagogik, Münster in Westfalen. Leitung der Herausgabe: Dr. Josef Zwieler. 2 Bände. Lex.-8°. Freiburg im Breisgau. Herder.

Erster Band: **Abendgymnasium bis Kinderfreunde.** Mit 12 graphischen Darstellungen. (XVI S. u. 1344 Sp.) 1930. 28 Mk.; in Leinwand 32 Mk.; in Halbfraus 36 Mk.

Der Umbruch der Denkrichtungen und der äußere Umschwung der Zeit haben auf keinem Gebiete so durchgreifende Veränderungen zur Folge gehabt wie auf dem pädagogischen. Und gerade jetzt, wo wir vor großen, zukunftsbestimmenden Aufgaben stehen, fehlt in dem Wirrwarr pädagogischer Meinungen eine zuverlässige Grundlage. Unmäßig zeigt sich aber wenigstens etwas von fester Ruhe, Selbstbestimmung und Stetigkeit der Arbeit, die wir bisher vermißten. Wirklichkeitsfremde Theorien sind zusammengebrochen, Uebertreibungen wurden in praktischer Bildungs- und Erziehungsarbeit als solche erkannt und zurückgebrängt.

Es kann nunmehr der Versuch gewagt werden, den gegenwärtigen Stand der Erziehungswissenschaft in einem großen Werk niederzulegen. Das Deutsche Institut für wissenschaftliche Pädagogik in Münster (Westfalen) hat die Herausgabe eines pädagogischen Lexikon übernommen, das über eine bloße Ergänzung zu dem 1916 bei Herder in Freiburg erschienenen Kolossischen Lexikon infolern hinausgeht, als es alle pädagogischen Stoffe und Probleme der Gegenwart in ihrem vollen thematischen Umfang erfährt. Wer das Kolossische Lexikon hat, wird sich das neue anschaffen müssen, das neue dagegen wird dem Gegenwartspädagogen auch allein genügen. Denn es wird unabhängig von anderen Lexika die ganze Pädagogik in Theorie und Praxis, das pädagogische Denken und Handeln der Gegenwart in weitestem Sinne umfassen. Ausgehend von einem geschlossenen System der Pädagogik, nicht von dem üblichen Zettelkasten, wurde ein Nomenklator geschaffen, der dem Werke Vollständigkeit, innere Geschlossenheit und wissenschaftlichen Wert verleiht. Durch Zusammenfassung der weitestgehenden Materie in systematischen Artikeln, durch Eindämmung des nur Historischen, durch Einbeziehung der weniger wichtigen Stichwörter in größere systematische Zusammenhänge erreicht das neue Lexikon die Unterbringung des gesamten Stoffes in zwei Bänden zu je 42 Bogen und kann dabei den gegenwärtigen Problemen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Es berücksichtigt gleichmäßig Ziel, Objekt und Subjekt der Erziehungs- und Bildungsformen, Mittel und Methoden des erzieherischen Handelns. Vor allem wird Wert gelegt auf Herausarbeitung der biologischen, psychologischen, soziologischen, philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen der Pädagogik. Neben den Grund-, Hilfs-, Fachwissenschaften und Grenzgebieten werden die Kerngebiete der Erziehungswissenschaft, wie Didaktik, Moral, Religion, Kunst, Wissenschaftspädagogik u. a. besonders berücksichtigt. Alle Unterrichtsfächer aller Schulstufen — Volks- und Mittelschule, höhere Schule, Fach-, Berufs- und Fortbildungsschule, Hochschule — werden für sich und im Zusammenhang mit dem Ziel der Erziehung betrachtet.

Ueber die Kerngebiete der Pädagogik hinaus wird den sogenannten „Nebenfeldern“ und sonstigen Erziehungsfaktoren Sorgfalt zugewandt: Umwelt, Theater, Kino, Volkshochschule, Volkshochschule, Jugendbewegung usw. werden in ihrem Eigenwert und in ihrem Verhältnis zum Ganzen beleuchtet.

Dem Bestreben der Zeit entsprechend werden Volkspädagogik, Fürsorgeerziehung, Individual- und Sozialpsychologie, Individual- und Sozialpädagogik, Arbeits-, Berufs- und staatsbürgerliche Erziehung, anthroposophische und psychoanalytische Pädagogik, Lebensgemeinschaftsschule, Auslandsdeutschstum, Land-erziehungsheim usw. berücksichtigt, und die Reichsreform, der Codex Juris Canonici, die Konkordate, das Reichsschulgesetz usw. auf ihre pädagogischen Auswirkungen untersucht.

Auch das Schulwesen der deutschen Staaten in den Grenzländern und im Ausland wird in systematischen, durch graphische Darstellungen unterstützten Artikeln behandelt. Das neue Lexikon leugnet nicht den Wert der Ueberslieferung, bemüht sich vielmehr, das Gelterne und Deute sinnvoll zu verschmelzen und widmet seine Arbeit einer Zukunft, die bereits auf dem Wege ist. Alte Bildungsideale erobert es neu für unsere Zeit, begründet sie tiefer und packt sie den Erfordernissen der Gegenwart an. Es reagiert nicht nur vorliegende Erkenntnisse, sondern bietet überall fruchtbare Anregungen aus letzten Gesichtspunkten heraus über alles, was ist und was werden soll. Eine kritische Literaturübersicht beschließt jeden Beitrag.

Pippert, F., **Wörterlei Menschen.** Verlag Josef Dabbel, Regensburg 1930. Kart. Mk. 3.—, geb. Mk. 4.50.

Wir wußten noch gar nicht, daß es so vielerlei Menschen gibt. Arme und Reiche, Große und Kleine, Alte und Junge,

Gesunde und Kranke, Glückliche und Unglückliche, Herren und Knechte, Viel Genannte und Nie-Genannte, Weise und Töcen, Gute und Böse, Gläubige und Ungläubige, Männer und Frauen, Lebendige und Tote. Von allen weiß P. Kippert etwas zu sagen und was er uns erzählt, ist so lebensnah und aus dem Alltag erschaut, daß man ihm gern zuhört. Er hat uns ein Buch geschenkt, das nicht nur für zarte Seelen und Feinschmecker bestimmt ist, das vielmehr den Menschen gehört, die im Kampfe stehen mit der Welt und mit sich selbst. Was besonders angenehm an diesen in einer geradezu großartig schlichten Sprache niedergeschriebenen Kapiteln berührt, ist die Beobachtung, daß seine tiefe Menschenkenntnis den Verfasser weder schwermütig noch bitter macht. In allen Situationen ist er ein eütiger und helfender Seel-sorger.

P. Dr. Damasus Bähringer, Beuron.

v. Heimburg, Werner, „La Grande Nation“ (Verlag Scherl, Berlin). Gebietet 3.50 M., Ganzleinen 5.— M.

Der Verfasser hat sich durch langjährigen Aufenthalt im Lande unserer westlichen Nachbarn eingehende Kenntnisse über Land und Volk, Sitten und Gebräuche, Kunst und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik verschafft. In geistreichem Planderton faßt er im vorliegenden Buche seine Erfahrungen zusammen.

Emil Saupé, Einführung in die neuere Psychologie. (Handbücher der neueren Erziehungswissenschaft, Bd. 3.) 4. u. 5., umgearbeitete und erweiterte Auflage. Geb. 10 RM., in Ganzleinen geb. 12 RM. Osterwied a. O. 1931, A. W. Bickfeldt.

Wer sich rasch einen Überblick über die verschiedenen Systeme und Richtungen der Psychologie der Gegenwart verschaffen will, der greife zu diesem Buche. Sämtliche Beiträge sind von ersten Sachkennern bearbeitet. U. a. sind dargestellt: Evidenz von Dr. H. Riekel; Geisteswissenschaftl. Bf. von Dr. P. Bode; der Behaviorismus von Dr. Vazarsfeld und Dr. J. Bühler; Psychoanalyse von Dr. O. Kulsner; Individualpsychologie von Dr. Alfred Adler usw.

Dr. Erwin Rude, Staatsbürgerkunde nach großen Gesichtspunkten. (Vorbereitungen für den Geschichtsunterricht, 4. Band) VIII. 217 S. Gebietet 5.50 RM., in Ganzleinen 6.80 RM. Osterwied 1931, A. W. Bickfeldt, Verlag.

Staatsbürgerlicher Unterricht ist heute wohl eines der problematischsten Gebiete in der Schule, und die Haltung eines großen Teils der Schulentlassenen ist wohl geeignet, einen skeptisch werden zu lassen. — Rude zeigt, wie die Schüler stufenweise, von den Gemeinschaftsformen des Schullebens aus in Verwaltung- und Verfassungskunde eingeführt werden können. Auf drei großen Wertgedanken ist das Ganze aufgebaut: Einheit, Freiheit, Gerechtigkeit. Aber Wissen verpflichtet noch nicht! Und hier beginnt erst das Problem.

Vereinskalender.

Konferenz Karlsruhe. Samstag, den 24. Januar 1931 treffen wir uns nachm. 3 Uhr im Kolpinghaus zur Jahresversammlung. T.-D.: 1. Ausblick v. Studienrat und Vorstand Geierhaas. 2. Rückblick, Geschäftsbericht, Rechnungslegung. 3. Wahl. 4. Verschiedenes. Ich bitte der wichtigen Tagesordnung wegen um vollzähligen Besuch. Bordes.

Konferenz Bruchsal. Die Konferenz Bruchsal tagt am Samstag, 24. Januar, nachmittags halb 3 Uhr im Nebenszimmer des Gasthauses zum „Wolf“. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Referat des Herrn Kollegen Drechsler-Heidelberg über „Die Organisation des Schulwesens in Holland“. 2. Wahl zum Dienststellenausschuss. 3. Ausstellen der noch nicht abgeholtten Vierteljahrsschriften. — Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist Ehrensache. Gäste willkommen. Bollmer.

Bezirkskonferenz Heidelberg. Samstag, den 17. Januar 1931, 3/4 Uhr im „Bav. Hof“ Generalversammlung. T. D. 1. Neuwahlen, 2. Arbeitsplan, 3. Referat: Die Sozialpädagogik O. Willmanns. Schersinger.

Konferenzen Buchen und Mosbach. Gemeinsame Tagung am Samstag, den 31. Januar, nachmittags 3 Uhr im „Prinz Karl“ in Mosbach. T.-D.: 1. Vortrag über ein pädagogisches Werk (Herr Rektor Mehmer-Mosbach). 2. Dienststellenausschuss. 3. Arbeitsprogramm für 1931. 4. Wahlen. 5. Konferenzangelegenheiten. Damen des Kath. Lehrerinnenvereins und Gäste sind herzlich willkommen. Wir erwarten von unsern Mitgliedern vollzähliges Erscheinen!

Ehrmann.

Richter.

Konferenz Kastatt-Muratal. Nächste Versammlung: Samstag, 17. Januar, nachmittags 3 Uhr zu Kastatt im „Brantübel“. Tagesordnung: 1. Bericht des Schriftführers und des Rechners über das vergangene Jahr. 2. Der Lehrer im Dienste der Wissenschaft. (Volkslundeatlas). 3. Unsere diesjährige Jahresarbeit. — Vorschläge dazu erbeten! J. Mia.

Konferenz Achern-Bühl. Samstag, 17. Januar, nachm. 14.30 Uhr (pünktlich) im „Ochsen“ (Vorkastube) zu Bühl Tagung. — T.-D. 1. Referat: Badische Schulpolitik seit 1860. (Herr Barth-Speffart). 2. Rück- und Ausblicke (Der Unterzeichnete). 3. Wahl der Konferenzbeamten. Vollzähliges Erscheinen ist mit Rücksicht auf den auswärtigen Referenten und die Geschlossenheit der Konferenz, sowie im Hinblick auf die Wichtigkeit der Konferenzwahlen für jedes Mitglied Ehrenpflicht! Herr. Neujahrsgruß: Schimpf.

Konferenz Offenburg tagt am Samstag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Zeichenhalle der Klosterschule in Offenburg. Herr Karolus-Bruchsal spricht zum Thema „Sittlerinschrift“ — Praxis! — Materialien und Beiträge zur Sache mitbringen! Damen des kath. Lehrerinnenvereins, sowie Gäste herzlich willkommen. Unsere Mitglieder erscheinen vollzählige. J. A. Laubis.

Bezirkskonferenz Lahr. Samstag, den 24. Jan., nachmittags 3 Uhr versammeln wir uns im Bahnhofshotel in Dinglingen. 1. Bericht des Herrn Oberlehrers Schäfer-Kippenheim über die im Dezember stattgefundene Dienststellenausschusstagung. 2. Wahl der Konferenzbeamten. 3. Verschiedenes. Bitte um zahlreiche Beteiligung. Vogel.

Konferenz Pausach. Tagung am Samstag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr im Schulhaus Pausach. 1. Vortrag. 2. Wahlen der Referenten. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Weber.

Konferenz Säckingen. Unsere nächste Tagung findet am Samstag, 17. Januar 1931, nachmittags 2/4 Uhr, im Kath. Vereinshaus Säckingen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Kollegen Grein über „Konnersreuth“, 2. Verschiedenes. Damen des Kath. Lehrerinnenvereins, sowie Gäste sind herzl. eingeladen. Die Mitglieder bitte ich um zahlreiches Erscheinen. Weber.

Konferenz Waldsbut. Tagung am Samstag, den 24. Januar, nachmittags 2/4 Uhr im Kolpinghaus in Waldsbut. Tagesordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden über H. Kerns Buch „Ist unsere Lehremethode richtig?“, 2. Ausstellen der Vierteljahrsschriften. 3. Arbeitsplan für 1931. — Auch die Kollegen aus weit entfernten Orten werden gebeten, wenn irgend möglich zu erscheinen. Lorenz.

Konferenz Schönau. Wir treffen uns am Samstag, den 17. Januar, nachm. 4 Uhr im „Bierlöwen“ in Schönau. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Konferenzvorsitzenden. 3. Vortrag des Herrn E. Kern aus Freiburg über: „Unsere Lehremethoden im Lichte der modernen Psychologie“. 4. Aussprache. Ich bitte, den Beginn der Konferenz genau beachten zu wollen. Todman ab 15.30 mit Postauto. F. Federer.

Bezirkskonferenz Neustadt (Hochschwarzwald). Am Samstag, den 17. Januar 1931, nachm. 3 Uhr, findet im „Jägerhaus“ in Neustadt die erste Zusammenkunft im neuen Jahre statt. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Rückblick auf unsere Arbeit im Jahre 1930 und der Festlegung des Jahresprogramms für 1931 die Erhebung der Konferenzumlage, sowie die Neuwahl des Vorsitzenden, weshalb vollzähliges Erscheinen notwendig ist. Die Damen des K. L. V. sind frdl. eingeladen. Gruß Müller.

NB. Die Neustadter Kollegen werden gebeten, in Sachen „Zugsüberbrückung“ Nachurlaub und Hansschlüssel nicht zu ver-gessen.

Konferenz der Saar. Am Samstag, den 24. Jan., nachmittags 3 Uhr findet im „Bürgerstübli“ in Donauwörth unsere nächste Zusammenkunft statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Sprachliches (Rienze), 2. Verschiedenes. Dolderied.

Bezirkskonferenz Konstanz. Nächste Tagung am Samstag, den 31. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr im „Kreuz“ in Radolfzell. Vortrag: Apostolische Arbeit an den Entlassenen, Gestrandeten und Gefährdeten im Dunkel der Großstadt. Redner: Bruder Joseph vom Johannesbund in Lentzendorf a. Rh. Die Tagung ist gemeinsam mit dem Kath. Lehrerinnenverein. Unsere Mitglieder sowie die Nachbar-konferenzen mögen vollzählige erscheinen. Prieg.

